

# Breite Erholung am Arbeitsmarkt

## Harsche Kritik am „Kommunal-Kombi“

nf./svs. BERLIN/FRANKFURT, 28. Juni. Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat sich auch im Juni fortgesetzt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im Vergleich zum Mai um 125 000 auf 3,69 Millionen, die Quote liegt bei 8,8 Prozent. Die Erholung hat alle Regionen Deutschlands erfasst. Erstmals seit langem wies kein Agenturbezirk eine regionale Arbeitslosenquote von mehr als 20 Prozent auf. Doch nach wie vor profitieren Langzeitarbeitslose unterdurchschnittlich stark von diesem Aufschwung: Während die Zahl der arbeitsmarktnahen Kurzarbeitslosen im Vergleich zum Mai um 6 Prozent auf 1,2 Millionen sank, verringerte sich die der Langzeitarbeitslosen nur um 2 Prozent auf 2,5 Millionen.

Deshalb hatte das Bundeskabinett am Mittwoch den „Kommunal-Kombi“ beschlossen. Dieser Kombilohn - hälftig vom Bund und den Kommunen finanziert - soll in 85 Städten und Landkreisen mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 15 Prozent rund 100.000 zusätzliche Stellen für Erwerbslose schaffen, die seit mindestens zwei Jahren ohne Arbeit sind. Die Kosten betragen 1,7 Milliarden Euro im Jahr. Das Modell stieß jedoch auf harsche Kritik. „Ich fordere die Bundesregierung auf, von diesen Plänen die Finger zu lassen. Wenn Arbeitsminister Franz Müntefering bis zum Jahr 2012 zehn Milliarden Euro für solche öffentlich subventionierten Programme ver-

schwenden will, konterkariert er damit die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt am Donnerstag. Das von Müntefering und dem Ost-Beauftragten der Regierung, Wolfgang Tiefensee (beide SPD), erarbeitete Modell sei nichts anderes als die alten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in neuer Verpackung, rügte Hundt. Diese aber verbesserten die Beschäftigungsaussichten nicht, sondern verschlechterten sie.

„Wenn jetzt öffentliche Beschäftigung in großem Stil wiederbelebt wird, erhöht dies die Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz kaum“, warnte der Präsident des Deutschen Städtetags, Christian Ude. Schon jetzt würden mehr als 300.000 Langzeitarbeitslose in Ein-Euro-Jobs gefördert. Es sei unrealistisch, dass die Kommunen in strukturschwachen Regionen innerhalb kurzer Zeit weitere 100.000 solcher Stellen schaffen könnten, ohne dass dies Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt habe. „Wie bei den ABM und den Ein-Euro-Jobs wird es einen großen und unbefriedigenden Graubereich geben“, warnte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Hans Jörg Dupprè. Die geforderte Zusätzlichkeit der Stellen sei problematisch. „Wenn die Kommunen eine erhebliche Kofinanzierung leisten sollen, müssen die Tätigkeiten auch vernünftige Inhalte haben.“